Nr. 132 XXVI. Jahrgang

Freitag, 17. Mai 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Fernsprecher: Redaktion Nr. 13 8 97, Expedition Nr. 13 8 38, Verlag Nr. 13 8 28. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen: Die sechsgespaltene Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte ... Pf., für auswärts 40 Pf. Tabellen- oder Ziffernsatz mit ... Pf. Preisaufschlag. Die zweigespaltene Reklamezeile ... Pf., mit Platzvorschrift 2 Mk. Bei Wiederholungen und Jahresumsätzen Rabatt nach Tarif. Chiffregebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 20 Prozent Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts werden nur gegen Vorausbezahlung angenommen. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht garantiert. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Sämtliche Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen zu Originalpreisen und Rabatten an.

Bezugspreis: Im Dresdner Bestellbezirk monatlich 1.20 Mk., vierteljährlich 3.60 Mk. frei Haus, durch unsre weiteren Ausgabestellen monatlich 1.30 Mk., vierteljährlich 3.90 Mk. frei Haus. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste“ 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste“ monatl. 1.30 Mk. vierteljährl. 3.90 Mk. B mit „Illustr. Neueste“ 1.45 ... 4.35.
In Oesterreich-Ungarn: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste“ monatl. 2.15 Kr., vierteljährl. 6.45 Kr. B mit „Illustr. Neueste“ 2.32 ... 6.96. Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. 1.10 Mk. Einz.-Numm. 10 Pf.

Die Franzosen an der Avre verlustreich zurückgeschlagen

33 feindliche Flugzeuge abgeschossen — Wieder 11500 Tonnen versenkt — Todesurteil gegen Duval im „Bonnet Rouge“-Prozeß — Die Ruhe in Moskau wiederhergestellt

Sachsen und Litauen

Zu diesem neuesten politischen Problem haben wir uns gestern wieder nach dem jetzigen Stand der Dinge geäußert. Heute ist von einer Berliner Darstellung Notiz zu nehmen. Wir erhalten folgende Meldung:

+ Berlin, 16. Mai. (Priv.-Tel.) Die „B. Z. am Mittag“ schreibt: „In politischen Kreisen verlautet, daß die von gewissen sächsischen Kreisen ausgehenden energischen Anstrengungen, eine Personalunion zwischen Litauen und Sachsen durchzusetzen, nicht ohne Erfolg zu sein scheinen. Die maßgebenden Vertreter Litauens haben sich wiederholt gegen diese Personalunion ausgesprochen und auch in maßgebenden sächsischen Kreisen keinen Zweifel gelassen, daß diese Idee im Lande keine Sympathie hat. Trotzdem scheint man, wie gesagt, in sächsischen Regierungskreisen auf dieser Lösung der litauischen Frage zu bestehen, ohne Rücksicht auf die schweren Bedenken, die ihr entgegenstehen und auf die Stimmung in Litauen, bei den Mehrheitsparteien des Reichstages und selbst in weiten Kreisen des sächsischen Landtages. Auch für die litauische Frage kommt jetzt so, wie für die polnische, der kritische Zeitpunkt.“

Wir konnten gestern in unserm Artikel auf Grund zuverlässiger Berliner Informationen mitteilen, daß die Personalunion nicht von sächsischen Regierungskreisen aus betrieben worden ist. Trotzdem haben wir uns nach dieser aufsehenerregenden Meldung des bekannten Berliner Blattes an das Ministerium des Aeußern gewandt und dort die folgende mit unsern privaten Informationen übereinstimmende Erklärung erhalten:

„Die Nachricht, daß Vertreter Litauens maßgebenden sächsischen Kreisen zum Ausdruck gebracht hätten, daß in Litauen der Gedanke einer Personalunion Litauens mit Sachsen keine Sympathie habe, ist schon deshalb unrichtig, weil sächsische Regierungskreise bisher keinerlei Anlaß gehabt haben, mit Vertretern Litauens zu verhandeln.“

Das hindert natürlich nicht, daß über die Frage zwischen Reichsstellen und sächsischen weiterverhandelt wird. Wir wollen aber die Hoffnung nicht aufgeben, daß man an allen maßgebenden Stellen das Schwergewicht der Gegengründe gegen eine Personalunion unverkürzt in die Wagschale fallen läßt.

Der Eindruck der Kaiserbesprechung

Die amtlichen und Pressemitteilungen über das Ergebnis der Kaiserbesprechung im deutschen Hauptquartier werden bei den Neutralen aufmerksam verfolgt und von der Entente mit sehr besorgten Kommentaren versehen:

× Amsterdam, 15. Mai. Das „Algemeen Handelsblad“ schreibt: Es kann nicht bezweifelt werden, daß die vorläufigen Beschlüsse Kaiser Wilhelms und Kaiser Karls und ihrer Regierungen von weltgeschichtlicher Bedeutung sind. Enger als je wurden die Schicksale Oesterreich-Ungarns und Deutschlands miteinander verbunden. Die Hoffnung des Verbandes auf ein Oesterreich-Ungarn, das als Keil dienen könnte, um den feindlichen Block auseinanderzusprengen, scheint verflogen.

+ Genf, 16. Mai. (Priv.-Tel.) Der Eindruck der Kundgebung über den Bündnisvertrag zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn auf die Pariser Blätter ist ungeheuer. Alle sehen darin die Schaffung eines selbst von den größten Optimisten nicht erträumten Mitteleuropas. Die Sozialisten erklären dies als die Folge des überstürzten Vorgehens Clémenceaus in Sachen des Kaiserbriefes. Der „Temps“, der „Figaro“ und das „Journal des Débats“ glauben, jetzt komme auch die Lösung der polnischen Frage. „Echo de Paris“ verlangt, auch der Verband müsse einen eisernen Block schmieden.

Zu einem ähnlichen Schluß kommt die Londoner liberale „Westminster Gazette“, die u. a. schreibt: „Wenn der Zweck der Zusammenkunft richtig gedeutet wird, stehen wir vor der Verwirklichung Mitteleuropas. Es scheint, daß die deutsche Regierung die politischen und wirtschaftlichen Bande zwischen den beiden Ländern enger zieht, vielleicht in dem Gedanken an eine Verschmelzung aller deutschen Völker. Wenn dies zur Ausführung käme, würde die Pariser Resolution vermutlich in Wirksamkeit treten. Sie umfaßt die Verteidigungsmaßregeln der Alliierten gegen eine Mitteleuropapolitik, und sie müßte dann als eine Angriffswaffe verwendet werden. Inzwischen müssen die Verhandlungen im kaiserlichen Hauptquartier mit Aufmerksamkeit verfolgt werden, da sie über den Friedenswunsch des Kaisers Carl und seines Ministers viel Aufklärung geben können.“

Weitere Ausdehnung des Bündnisses?

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

u. Wien, 16. Mai

Von den angeblich bereits eingeleiteten Verhandlungen mit Bulgarien und der Türkei über die Ausdehnung der neuen deutsch-österreichischen Bündnisverträge auf diese Länder ist an hiesiger amtlicher Stelle bis zur Stunde nichts bekannt.

Zahlreiche Luftkämpfe an der Westfront

× Großes Hauptquartier, 16. Mai. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz

Nach Abschluß der gestrigen Infanteriegefechte nördlich vom Kemmel, in denen wir den Franzosen aus örtlicher Einbruchsstelle wieder zurückwarfen, flaute der Artilleriekampf im Kemmelgebiete ab. Auch an den andern Kampffronten ließ die Artillerietätigkeit nach. Heftige Feuerüberfälle dauerten gegen unsre Infanterie- und Artilleriestellungen beiderseits des La-Bassée-Kanals sowie zwischen Somme und Avre an. Auf dem Westufer der Avre stieß der Feind gestern früh aus dem Senecatwalde mit starken Kräften vor. Unter schweren Verlusten wurde er zurückgeschlagen.

An der übrigen Front kleinere Vorfeldkämpfe.

Starker Fliegereinsatz an den Kampffronten führte zu zahlreichen Luftkämpfen. Wir schossen 33 feindliche Flugzeuge ab; 14 von ihnen brachte wiederum das früher vom Rittmeister Freiherrn v. Richthofen geführte Jagdgeschwader zum Absturz. Leutnant Windisch errang seinen 20. Luftsieg.

Von den andern Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Das beunruhigte Italien

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

sch. Lugano, 16. Mai

Der neue Kaiserpakt, der im deutschen Hauptquartier geschlossen wurde, bringt die italienischen Erwartungen auf entscheidende Kämpfe an der Alpenfront auf den Siedepunkt. Fast alle Blätter drücken, teilweise gereizten Tones, Zuversicht in die Bereitschaft der Heeresleitung, in den Todesmut der Frontarmee und in die stoische Entschlossenheit der Nation aus.

Im Hinblick auf den nahenden Jahrestag des Eintritts Italiens in den Krieg schreibt der „Osservatore Romano“: „Keine Partei kann den Jahrestag so reinen Gewissens begehen wie die unsrige. Die Katholiken erfüllen alle Bürgerpflichten. Aber sie haben den Krieg nicht gewollt. Sie haben nie an dem Kriegsgeschrei, den Prahlereien und Illusionen teilgenommen und ersehnen auch heute nur Frieden und Völkereintracht.“

Die sozialistische Arbeiterpartei in Italien erklärt sich als Vorkämpferin des gewerkschaftlichen Syndikalismus, des proletarischen Klassenkampfes und des landwirtschaftlichen Kollektivismus, was die Presse lebhaft beunruhigt. Viele Blätter beschwören die Regierung, dem Proletariat für die Kriegsleistungen ausgiebige politische und wirtschaftliche Entschädigungen zuzusagen, aber gegen die versuchte neue Zerklüftung der Nation anzukämpfen. Die „Idea Nazionale“ warnt die Arbeitermassen, das Land in eine Katastrophe zu stürzen. Die „Epoca“ sagt: „Für Franziskaner-Programme und kommunistische Mystik ist kein Augenblick ungeeigneter.“

Eine italienische Offensive?

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

x. Zürich, 16. Mai

Der „Tagesanzeiger“ meldet: In zunehmender Stärke tönt von der italienischen Front der Kanonendonner der Italiener herüber. Die Italiener scheinen nicht länger gesonnen, ihrerseits auf die Offensivtätigkeit zu verzichten, falls die Oesterreicher nicht angreifen. (kf)

Der Anarchistenaufstand in Moskau niedergeworfen

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

r. Rotterdam, 16. Mai

Nach einer Meldung der „Morning Post“ aus Moskau ist der anarchistische Aufstand von den Bolschewiki niedergeworfen worden. Die Bolschewiki seien dank der Haltung der Truppen die Herren der Arsenale und der Staatsgebäude geblieben. In den Vorstädten dauern die Kämpfe fort.

Eine Havasdepesche aus Petersburg vom 14. Mai abends meldet: In Moskau ist die Ruhe wiederhergestellt. Abteilungen von Sowjettruppen durchziehen die Straßen der Stadt. Die öffentlichen Gebäude sind militärisch besetzt. Der Eisenbahnverkehr von und nach Moskau ist wieder aufgenommen.

Die monarchistische Bewegung in Finnland

× Stockholm, 15. Mai

Wie „Svenska Dagbladet“ aus Helsingfors erfährt, veröffentlichten am Dienstag führende Persönlichkeiten aus allen bürgerlichen Parteien einen Aufruf, in dem die Mitbürger aufgefordert werden, im Hinblick auf Finnlands Bedürfnisse nach innerer Stärkung und äußerer Kraft die monarchische Staatsordnung zu wählen. Der Hauptgrund für diese Forderung ist die Möglichkeit, die notwendigen Beziehungen zu den Mittelmächten aufrechtzuerhalten.

Wie das Blatt ferner meldet, ist die Gruppierung des finnischen Landtags nunmehr folgende: 51 Altfinnen, 26 Jungfinnen, 26 Agrarier, 21 Schweden sowie gegen 20 Sozialdemokraten, die an der Teilnahme an den Verhandlungen nicht verhindert sind.

Eine Wolga-Republik?

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

m. Köln, 16. Mai

Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Kopenhagen: Aus Rußland eingetroffene Meldungen besagen, daß in den Gouvernements Samara, Saratow, Astrachan, Tambow, Ufa und Ural eifrigst für den Zusammenschluß dieser Gouvernements zu einer unabhängigen Republik agitiert werde, die den Namen „Wolga-Republik“ führen soll. — Die Grenze zwischen Finnland und Rußland ist vollständig gesperrt, sowohl für Reisende als für den Güterverkehr. Zu beiden Seiten der Grenze sind bedeutende Streitkräfte zusammengezogen worden.

Kornilow gefallen?

„Kiewskaja Mysl“ meldet: „In Kiewer militärischen Kreisen wird die Nachricht bestätigt, wonach General Kornilow in den Kämpfen bei Jekaterinodar am 13. April den Tod gefunden hat.“

Neue U-Boots-Erfolge

× Berlin, 15. Mai. (Amtlich)

Im Sperrgebiet um England wurden neuerdings von unsern Unterseebooten
11500 Br.-Reg.-T.
feindlichen Handelsschiffsraumes versenkt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Caillaux im „Bonnet Rouge“-Prozeß

* Genf, 16. Mai

In Paris fand am Mittwoch früh im „Bonnet Rouge“-Prozeß das Verhör des früheren Ministerpräsidenten Caillaux statt. Ueber seine Beziehungen zum „Bonnet Rouge“ erklärte Caillaux, er habe vor dem Kriege eine Stütze in der Presse suchen müssen, um seine Ehre und die der Seinigen zu verteidigen und daher das Blatt einmal mit 40000 Franken unterstützt. Seit Ausbruch des Krieges hätten Beziehungen zu dem Blatt nicht mehr bestanden. Als er eines Tages in der Kammer von dem Verdachte gehört habe, der auf dem „Bonnet Rouge“ lastete, erbat er sich telephonisch über die Persönlichkeit Duvals Auskunft. Caillaux kam dann auf die Liepscher-Angelegenheit zu sprechen und erklärte, daß Liepscher der Fürsprecher einer sehr hohen deutschen Persönlichkeit war, in die er jedoch kein Vertrauen gesetzt habe. Zu Beginn des Jahres 1916 habe er den Besuch des angeblichen schweizerischen Kaufmannes erhalten, der mit ihm über Ein- und Ausfuhrfragen sprechen wollte. Statt dessen habe ihm diese Persönlichkeit zwei Schriftstücke überreicht, die sich in dem Florentiner Bankfach unter der Ueberschrift: „Vorschläge zu Besprechungen 1915/16, aber zurückgewiesen“ befänden. Ferner gab Caillaux über den Besuch von Landau, Marion und Duval, die 1917 in Mamers bei ihm vorsprachen, einige Aufklärungen, die den Widerspruch der beiden Letztgenannten fanden. Der Angeklagte Marion erhob sich und erklärte, Landau habe ihm erklärt, Caillaux wollte Aufschluß über Duval und Marx haben. Caillaux bestritt entschieden, den Namen Marx ausgesprochen zu haben, und es kam zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Marion, Caillaux und Landau. Landau bestätigte seinerseits, daß Caillaux den Namen Marx niemals ausgesprochen habe. Der öffentliche Ankläger fragte, ob Duval und Marion wüßten, daß sie nur durch Zufall Caillaux in Mamers kennengelernt hätten. Beide Angeklagten erklärten, sie hätten den Eindruck gehabt, daß man sie nur zu diesem Zwecke, um Caillaux kennenzulernen, nach Mamers geführt habe. Landau bestritt das entschieden und erklärte, daß Caillaux in keiner Weise von dem Besuch benachrichtigt war. Damit war das Verhör Caillaux beendet.

Das Urteil

× Paris, 16. Mai. (Havas)

Im Prozeß des „Bonnet Rouge“ wurde Duval zum Tode verurteilt, Marion erhielt zehn Jahre, Landau acht Jahre, Goldski acht Jahre Zuchthaus, letzterer gleichzeitig militärische Degradation, Joucla fünf Jahre Zuchthaus. Leymarie wurde zu zwei Jahren Gefängnis und 1000 Franken Geldstrafe verurteilt und Vercasson zu zwei Jahren Gefängnis und 5000 Franken, unter gleichzeitiger Bewilligung von Strafaufschub verurteilt.

Wo bleibt Amerika?

Von unserm ∇-Mitarbeiter

Rotterdam, 13. Mai

Die hier eingetroffenen englischen Reedereiblätter, namentlich „Fairplay“, sind weit davon entfernt, die englische Angriffsoperation gegen Zeebrügge (es handelt sich um den ersten Angriff) als einen effektiven Erfolg zu bezeichnen. Was „Daily Mail“ einen Triumph nennt, behandelt „Fairplay“ als einen „Versuch, der — an sich sehr lobenswert — nicht zur Hoffnung berechtigt, daß die Aus- und Einfahrt deutscher U-Boote in den flandrischen Stützpunkten ernstlich behindert, geschweige denn unterbrochen sei“. Den Fachkreisen Englands kann man die schöne Legende von der „versperrten U-Boots-Basis“ nicht aufbinden. Soweit es in der Macht der unter scharfer Zensur stehenden Reedereiblätter liegt, werden die maritimen Kreise darüber unterrichtet, daß die Verschüttung der Zufahrtswege nach Ostende und Zeebrügge bei den heute vorhandenen technischen Hilfsmitteln eine sehr diskutable Sache wäre. Nicht mit Unrecht stellt „Fairplay“ die Gegenfrage, was britischerseits geschehen würde, wenn ein kleiner Stützpunkt an der englischen Westküste durch ein analog deutsches Unternehmen „blockiert werden sollte“. Das Blatt gibt zu: Gegen eine solche Störung würden schnelle Remedien gefunden werden. Demgemäß dürfe man dem Feinde, der sich auf marinetechnischem Gebiete als sehr „gewandt“ erwiesen, nicht zumuten, daß die ausgeschütteten Zementmengen ein dauerndes, ernstes Hindernis bilden könnten.

Anderseits halten die Fachorgane mit ihrer Meinung nicht hinterm Berge, daß alles getan werden müsse, um den Adlernestern an der flandrischen Küste, selbst unter Erhöhung der britischen Opfer, ein bitteres Ende zu bereiten. Churchill gerät bei dieser Gelegenheit wieder in ein bedenkliches Kreuzfeuer. Er war es, der die für Angriffe auf flandrische Außenpunkte bestimmt gewesenen Monitoren nach Gallipoli bringen ließ, der des weiteren dieselben Einheiten der englischen Flotte den Italienern lieh, um bei Monfalcone operieren zu können. Wäre es nicht viel besser gewesen, die Monitoren direkt gegen diejenigen feindlichen Positionen ins Treffen zu führen, für die sie von Anfang an bestimmt waren? Das Thema ist alt und abgebraucht, trotzdem kehrt es stets, gleich einem larmoyanten Kehrreim, zurück, wenn die „schrecklichen Schlupfwinkel Zeebrügge und Ostende“ Gegenstand erneuter Betrachtungen und Verwünschungen werden. Im „Fairplay“ schreibt der Herausgeber: „Die Abwehrmittel gegen U-Boote reichen nicht aus, um unsre Schiffe und Seestraßen zu schützen. Wir müssen zur direkten Angriffsmethode zurückkehren, wie sie von Lord Fisher gepredigt worden ist. Unsre Großkampfflotte, verstärkt durch die der Alliierten, Amerika mit inbegriffen, muß gegen die deutschen Seeräuber auftreten. Möge es Schiffe kosten — wenn bloß der Hauptzweck erreicht wird, die Lahmlegung des deutschen U-Boots-Krieges.“

Der statistische Teil desselben Organs bietet einen sehr ungünstigen Ausblick auf Englands Seeverkehr. Neben den andauernden Streitigkeiten mit dem französischen und dem italienischen Verbündeten, von denen keiner die eigenen Tonnen opfern möchte, sind es besonders Klagen über Nordamerika, die den Hauptteil der kritischen Betrachtungen einnehmen. Man erwartete von den Vereinigten Staaten eine größere Anzahl von bewaffneten Dampfern, die in den europäischen Gewässern an den Kriegs- und sonstigen Materialtransporten mithelfen sollten. Bisher enthielt sich das Washingtoner Marineamt einer entgegenkommenden Haltung; es werden zwar amerikanische Schiffe für eine einmalige Reise von England nach Frankreich verwendet, doch, kurz nach der Ankunft in einem transatlantischen Hafen Frankreichs, kehren die Amerikaner nach ihren Heimatshäfen zurück. Alle Bemühungen der englischen Regierung, nach dieser Richtung hin ein erhebliches Zugeständnis zu erreichen, verliefen ergebnislos. „Amerika will seine Handelsflotte intakt erhalten“, lautet der grimmige Vorwurf englischer Reederkreise. Und in Zuschriften an „Fairplay“ erkennt man deutlich, daß Onkel Sam wegen dieses „heiligen Egoismus“ von John Bull heftig angefeindet wird. Es scheint, als würden sich die amerikanischen Nachkriegsspekulanten über die Erregung der britischen Schiffahrtskreise eher freuen als beunruhigen.

Obwohl man in den Vereinigten Staaten die gewaltigen Transportschwierigkeiten der europäischen Mitstreiter kennt, verharrt man dennoch bei dem Entschluße, die „kostbaren amerikanischen Großdampfer nicht ins Fegefeuer der deutschen U-Boote zu entsenden. So steht es wenigstens in der „North American Review“, einem Blatte, das gelegentlich dem kriegslustigen Yankee einen Zipfel der wahren Sachlage vor Augen hält. „Fairplay“ wundert sich darüber, daß die britische Admiralität den Amerikanern nicht rundweg begreiflich mache, „wie groß die Schiffsverluste der Alliierten seien“. Aus einer „rücksichtslosen“ Wahrheitsliebe gegen die „Vettern“ könnte — so hofft das Blatt — eine Umwälzung in der öffentlichen Meinung entstehen. Man käme drüben zur Einsicht, daß der Endsieg mit dem Opferwillen Amerikas eng verknüpft sei. „In Amerika werden unsre Schiffsverluste ebenso verheimlicht wie daheim.“ Von den englischen Reedern wird also wieder einmal ein „volles Geständnis“ gefordert. Wird die Admiralität darauf eingehen? Wahrscheinlich nicht...

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19180517/1